

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

# Laibacher Zeitung.

## Nichtamtlicher Theil.

Die für den Monat November 1863 gepflogene Abrechnung zwischen dem k. k. Aerar und dem krainischen Grundentlastungs-Fonde zeigte an

Einnahmen . . . . .	63.034 fl. 47 1/2 kr.
und an Ausgaben . . . . .	179.402 „ 93 „
sonach ein Aerarialguthaben von	116.368 „ 45 1/2 „
welches sich mit Hinzurechnung	
des mit Ende Oktober 1863 Ver-	
bliebenen pr. . . . .	7.058 „ 86 „
sonach auf . . . . .	123.427 fl. 31 1/2 kr.

beläuft.

Vom krainischen Landes-Ausschusse.  
Laibach, am 9. Jänner 1864.

Laibach, 18. Jänner.

Die Ansicht, welche der Staatsminister Herr v. Schmerling gegenüber mehreren Abgeordneten bezüglich der von der Regierung in der deutsch-dänischen Frage eingeschlagenen Politik ausgesprochen haben soll (Siehe unten Wien) ist höchst bemerkenswerth. Wenn ein Mann wie Schmerling, der zu allen Zeiten sich als klarer Geist und voll Patriotismus gezeigt hat, die gegenwärtigen Akte der österreichischen Politik gut heißt, so müssen sie es wohl sein, und wir glauben, das Mißtrauen unter den Abgeordneten wird dadurch geschwunden sein, so daß eine Bewilligung des geforderten Credits ohne Weiteres erfolgt.

Trübe steht es allerdings in Deutschland selbst aus; die Aufregung in den Mittelstaaten über das Vorgehen der Großmächte wächst, und fast der Bund, was nicht unwahrscheinlich ist, den Beschluß und führt ihn aus, auch noch ein Bundesheer nach Schleswig zu senden, so sind die Konflikte nicht abzusehen. Ja es ist sogar die furchtbare Möglichkeit vorhanden, daß es zu einem Bürgerkriege kommt, den die Mittelstaaten ihrer selbst willen beginnen. Die Journale derselben gehen in ihren Forderungen soweit, daß sie, wie der „Nürnberger Courier“ z. B. verlangen, es seien hinreichend Truppen der Mittelstaaten sofort dem Herzog Friedrich von Augustenburg zur Disposition zu stellen. Ganz in gleicher Weise äußern sich Dresdener Journal, Leipziger Ztg., Südd. Ztg. und Schwäb. Merkur. Die Berl. Bankztg. versichert dagegen, daß seitens der deutschen Großmächte so präcise Vorkerungen getroffen sind, daß selbst die Nothwendigkeit, gegen die in Holstein befindlichen Bundesstruppen den Durchmarsch zu erzwingen, in's Auge gefaßt und schon Befehle in dieser Richtung erlassen seien.

Aus Paris wird gemeldet, daß man den Kaiser Napoleon niemals so heiter gesehen, als in neuester Zeit. Er hat in der That allen Grund dazu, wenn er auf das „gute alte Deutschland“ sieht, dessen Zustand ihn zu den herrlichsten Hoffnungen berechtigt.

## 68. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 15. Jänner.

Vizepräsident v. Hopfen eröffnet um 11 Uhr die Sitzung.

Auf der Ministerbank: Lasser, Hein, Oberfinanzrath Dießler.

Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung und nach Mittheilung des wesentlichen Inhaltes des Einlaufes wird zur Verhandlung der an der Tagesordnung befindlichen Gegenstände geschritten.

Bezüglich des ersten Gegenstandes, der ersten Lesung der von der Regierung getroffenen Uebereinkunft, die Regelung der Elbezölle betreffend, bemerkt

Dr. Berger: Man solle die Zeit nicht mit Wahlen zubringen, hält es für das Zweckmäßigste,

diese neue Vorlage der Regierung dem Ausschusse, dem die Berathung bezüglich der Ablösung des Schelde-zolles zugewiesen war, zu übermitteln. (Der Antrag wird fast einstimmig angenommen.)

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung, Bericht der Staatsschuldenkontrollkommission, wird ebenfalls über Antrag des Dr. Berger dem bestandenem Ausschusse für die Kontrolle der Staatsschulden zugewiesen.

Es gelangt der dritte Gegenstand der Tagesordnung, Bericht des zur Verfassung eines Gesetzesentwurfes in Betreff der Einhebung der Zuschläge zu der Erwerb- und Einkommensteuer von Aktienunternehmungen zur Verhandlung.

Professor Herbst legt als Berichterstatter des Ausschusses die Motive desselben vor. Der Ausschuss habe sich materiell dem von der Regierung aufgestellten Grundsatz, bezüglich der Reform der Erwerbsteuer angeschlossen. Redner kann nicht umhin, der Regierung im Namen des Ausschusses den vorzüglichsten Dank für das ihm zur Verfügung gestellte reiche Material und der bereits veranfalteten Vorbereitungen auszusprechen.

Die Generaldebatte wird eröffnet.

Dr. Berger (gegen den Antragsantrag): Mit einem zentralistischen Hebel suche man autonomistische Zwecke zu verfolgen. Dieses Gesetz trachte dahin, mittelst des weiteren Reichsrathes ein Gesetz zu votiren, welches eigentlich in die Kompetenz der Landtage gehöre. Von Seite der Reichsgesetzgebung müßte die Vertheilung über die einzelnen Provinzen vorgenommen werden, während es Aufgabe der Provinzen wäre, die Zuschläge selbst vorzunehmen. Redner fragt, wo liege der Beweis, daß Eisenbahnen in Böhmen, Ungarn und Galizien etwa mit böhmischem oder ungarischem Gelde gebaut worden seien? Der Sitz des Geldmarktes sei aber Wien und darin liege der Grund, warum die Gesellschaften in Wien ihren Sitz aufgeschlagen hatten. Der im §. 2 des Entwurfes aufgestellte Satz, nach welchem dem einzelnen Kronlande ein Recht auf die Einkommensteuer zustehe, sei nicht richtig, die Unternehmung zahle nicht die Steuer bloß der Aktionäre. Juristisch und faktisch wäre es richtig, daß dort die Zuschläge erhoben werden, wo der Sitz der Zentrallleitung sich befinde. Wenn es richtig sei, daß die Bahnen nicht immer mit einheimischem Kapital gebaut werden, so folge evident daraus doch noch nicht, daß sich Wien mit dem Kapitale anderer etwa bereichere. Seine (Redners) Ansicht präzisire sich dahin, daß man auf Grund der bestehenden Reichs- und Landesverfassungen in diese Frage gar nicht eingehen könne. In dieser Frage seien zwei Momente, das Ressort der Reichsgesetzgebung, die Ausschreibung der Steuer, und das der Landesgesetzgebung, die Einhebung der Zuschläge. Bei der Kreditanstalt werde die Einkommensteuer für alle Filialen ebenfalls in Wien satirt und eingehoben. Der Ausführung des Gesetzes standen ebenfalls bedeutende Schwierigkeiten entgegen. Warum beschränke man denn dieß Gesetz auf die Aktiengesellschaften? Wenn dieser ganze Gedanke ein gesunder sei, müsse auch die Privatunternehmung herbeigezogen werden! Eine andere Schwierigkeit wäre das Auffinden des Vertheilungsmodus. Wenn man da rationell zu Werke gehen wollte, müßte man nicht bloß die Bruttocinnahmen, sondern auch die Bruttoausgaben als maßgebend ansehen und die Frage aufwerfen: Was verdient z. B. die Station Marchegg? Redner recapitulirt schließlich die von ihm angeführten Gründe und glaubt, daß der Antrag vollkommen berechtigt: „Es werde bezüglich des vorliegenden Gesetzesentwurfes in Erwägung, daß der §. 2 desselben Bestimmungen enthält, bezüglich deren dem weiteren Reichsrathe die verfassungsmäßige Kompetenz fehle, zur Tagesordnung übergegangen.“ (Der Antrag findet auf der Linken eine hinreichende Unterstützung.)

Abg. Dr. Mühsfeld spricht ebenfalls gegen den Antragsantrag.

Abg. Hagenauer unterstützt den Vertheilungsantrag Dr. Berger's.

Die Generaldebatte wird geschlossen.

Berichterstatter Dr. Herbst ergreift das Wort und sucht alle die gegen den Antragsantrag vorgebrachten Einwendungen zu entkräften. Er sucht vor Allem die Einwendung der Unausführbarkeit zu widerlegen. Auf das politische Moment glaube Redner kein besonderes Gewicht legen zu müssen. Man habe in Oesterreich mit den Worten Autonomie und Centralisation einen großen Mißbrauch getrieben; indem man diese beiden Begriffe schroff einander entgegengesetzt hat, sei man auf einen Weg gekommen, der nicht der richtige sei und nicht zum Ziele führe. Er (Redner) glaube, man solle ein selbstständiges Leben allen Theilen lassen, so weit es mit der Einheit, wodurch dieses selbstständige Leben möglich wird, vereinbarlich ist, man solle aber nicht dieses selbstständige Leben als etwas der Einheit Entgegengesetztes betrachten. Das materielle Leben der Theile aber nicht zu schwächen, sei etwas, worauf die Einheit beruhe, und dieß zu verlangen seien jene gerade, welche bemüht sind, die Einheit zu erhalten, berechtigt. Daß das Haus gerade den Begnern der Reichseinheit den Beweis liefere, daß es von der Centralisation keine Gefahr zu fürchten habe, das sei die moralische Bedeutung, welche der Beschluß des Hauses nach sich ziehen wird. Wer die Theile Oesterreichs kennt, der wird ihm (Redner) zustimmen, wenn er sagt, daß die Art der Entscheidung dieser Frage nicht bloß in materieller, sondern auch in anderer Beziehung und insbesondere für dieses Haus von großer Wichtigkeit sei; weil es aber von solcher Wichtigkeit sei, so stelle er den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Das Haus spricht sich für die namentliche Abstimmung aus.

Abg. Kuranda meint, man möge zur Abkürzung des Verfahrens nur diejenigen aufrufen, welche für den Berger'schen Antrag stimmen. (Hinterkeit.)

Vizepräsident erwiedert hierauf, daß er nicht in der Lage sei, dieß zu thun, weil ihm die Mitglieder im Vorhinein nicht bekannt seien.

Bei der hierauf erfolgten namentlichen Abstimmung stimmen 21 Abgeordnete (die Abgeordneten Niederösterreichs und die Vertreter Triests, Hagenauer und Conti, sowie Dr. Stamm) für den Antrag Berger's und 108 dagegen, worauf zur Spezialdebatte geschritten wird.

Dr. Mühsfeld beantragt, daß die beschränkten Worte des Titels: „Aktien-Unternehmungen“ weggelassen werden.

Präsident befragt das Haus, ob es dafür sei, daß die Berathung über den Gesetzesentwurf jetzt vorzunehmen sei. — Der Antrag bleibt in der Minorität und wird §. 1 und 2 nach kurzer Debatte angenommen.

Präsident schlägt vor, die Sitzung für heute, zu schließen, und die Fortsetzung der Berathung morgen vorzunehmen.

Das Haus spricht sich für Schluß der Sitzung aus.

Präsident bestimmt als Tagesordnung, Fortsetzung der heutigen und Fortsetzung der Berathung über die Luxussteuer.

Dr. Rechbauer. Es ist in der Sitzung vom 11. eine Regierungsvorlage an das Haus gebracht worden, betreffend die Kreditforderung von 10 Millionen Gulden für die Aktion der Regierung in Schleswig-Holstein. Nach dem Beschlusse des deutschen Bundes, von dem heute telegraphische Nachricht in den Blättern zu lesen ist, erwachte ich es von dringender Nothwendigkeit, daß hierüber dem hohen Hause baldmöglichst Gelegenheit gegeben werde, seinen Be-

schluß über die erwähnte Regierungsvorlage zu fassen. Nach dem Beschlusse, der in Frankfurt gefaßt worden ist, hat die Majorität des Bundestages den österreicherisch-preussischen Antrag auf die Okkupation Schleswigs im Sinne des Londoner Protokolls mit großer Majorität abgelehnt, und es haben die Regierungen von Oesterreich und Preußen in Folge dessen erklärt, nun auf eigene Faust vorzugehen, die Angelegenheit selbst zu übernehmen, wogegen Protest erhoben wurde. Nach diesem Beschlusse ist ein Vorgang, von Seite unseres Ministeriums in's Auge genommen worden, der geradezu zum Bruderkriege führen muß. (Bravo, Bravo.)

Es ist an uns nun, wie mir scheint, die Frage herangetreten, ob wir zu solchem Vorgange die Mittel an die Hand bieten sollen oder nicht. Es ist daher für uns dringend nothwendig, sich baldmöglichst auszusprechen, ob das hohe Haus einen solchen Vorgang für angemessen erachte, der wenigstens nach den Anschauungen derjenigen Herren, die sich bei der Interpellation betreffs Schleswig-Holsteins betheiligten und bereits ausgesprochen haben, gegen das Recht und die Ehre Deutschlands, aber noch mehr gegen das eigene Interesse Oesterreichs verstößt. Ich wenigstens kann mir nicht denken, daß das hohe Haus einen Beschluß fassen wird, Geldmittel zu Zwecken zu bewilligen, welche für Oesterreich geradezu Verderben bringend sind. Ich halte es für nothwendig, daß sobald als möglich darüber Beschluß gefaßt werde, damit dem hohen Hause Gelegenheit geboten werde, offen und unumwunden seine Mißbilligung über die Haltung des Ministeriums des Aeußeren auszusprechen (Beifall), und ich glaube, die Gelegenheit wird bei der Berathung dieses Gegenstandes vorhanden sein. Ich erlaube mir daher die Frage an den Herrn Obmann des Finanzausschusses zu stellen, wann der Finanzausschuß in der Lage sein wird, über diese Regierungsvorlage an das hohe Haus Bericht zu erstatten, und ersuche diesen Gegenstand baldmöglichst auf die Tagesordnung zu bringen. (Bravo, Bravo.)

Präsident. Dagegen bestimmter Antrag gestellt wurde, dem Finanzausschusse eine Frist einzuräumen, so kann ich von meinem Standpunkte nur bemerken, daß ich den Gegenstand auf die Tagesordnung setzen werde, sobald der Bericht übergeben sein wird. Uebrigens muß ich es dem Obmann des Finanzausschusses freistellen, die an ihn gestellte Interpellation zu beantworten.

Abg. Litwinowicz, als Obmann des Finanzausschusses, bemerkt, die bezügliche Vorlage sei in Folge des Beschlusses des Finanzausschusses dem Referenten des Kriegsministeriums Dr. Giskra übertragen worden, und derselbe hat das Verlangen gestellt, daß ihm die nöthigen Aufklärungen gegeben werden. In Folge Beschlusses des Finanzausschusses sei wegen solcher Nachweisungen das Nöthige verfügt worden. In wie weit der Berichtsteller in der Lage wäre, darüber Bericht zu erstatten, möge er selbst mittheilen.

Dr. Giskra bemerkt, er habe es für nothwendig erachtet, die rechnungsmäßigen Unterlagen der Anforderung von 10 Millionen für die Expedition nach Schleswig-Holstein anzufordern. Er sei noch nicht in deren Besitz gelangt, und könne also, so lange er nicht im Besitze derselben sei, auch nicht Bericht erstatten.

Schluß der Sitzung 2 1/2 Uhr.

## Oesterreich.

Wien. Ihre Majestäten der Kaiser Ferdinand und die Kaiserin Maria Anna haben der Pfarrkirche von Sarzno auf dem Monsberg 200 fl. zu spenden geruht.

Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta haben dem katholischen Gesellenvereine für dessen Jahresbedürfnisse einen allergnädigsten Unterstützungsbetrag von 200 fl. zu spenden, ferner zur Errichtung einer Gottesackerkirche zu Cattaro 600 fl. allergnädigst beizutragen geruht.

Wien, 16. Jänner. So eifrig das Abgeordnetenhaus anscheinend mit Steuereinkhebung und Luxussteuer beschäftigt ist, so wenig sind es doch diese Gegenstände, die in Abgeordnetenkreisen im Vordergrund des Interesses stehen. Vielmehr ist es der Zehn-Millionen-Kredit, der diese Stelle behauptet. Man gibt sich in dieser Beziehung den ernstlichsten Befürchtungen hin, daß es bei der Debatte über diesen Gegenstand — sie soll jedenfalls noch vor Ablauf der nächsten Woche stattfinden — zu einem herben Konflikte kommen werde, dessen Konsequenzen vorläufig nur schwer zu übersehen sind.

Mit Spannung wird der Beantwortung der Mühlfeld'schen Interpellation von Seite des Grafen Rechberg entgegengesehen. Die Antwort auf die erste der in jener Interpellation enthaltenen Fragen ist in Abgeordnetenkreisen und wohl auch außerhalb derselben keine zweifelhaft. Im Laufe der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hatte nämlich der Abgeordnete v. Kaisersfeld, Mitglied der Autonomisten-Fraktion — ob

im Namen der Letztern, ob im eigenen, ist uns nicht bekannt — eine Unterredung mit dem Staatsminister in Beziehung auf die Politik der Regierung in Deutschland. Der Abgeordnete v. Kaisersfeld soll es versucht haben, den Staatsminister dahin zu bewegen, daß er sich vor der in Aussicht stehenden Verhandlung im Hause von der mißbilligten Politik zurückziehe oder lossage. Herr v. Schmerling erwiderte auf die (wir wissen nicht, ob genau wiedergegebenen) Bemerkungen des steirischen Abgeordneten: Er befinde sich mit der von dem Grafen Rechberg in Beziehung auf Deutschland befolgten Politik in dem vollsten Einverständnisse: das was jetzt geschehe, geschehe zum Wohle Deutschlands. Das schließt wohl jeden Zweifel darüber aus, wie die erste jener Fragen — ob nämlich das Gesamt-Ministerium mit der Rechberg'schen Politik einverstanden sei? — beantwortet werden wird.

Inzwischen tritt heute mit vieler Bestimmtheit das Gerücht auf, daß der Schluß der Session für den 31. d. M. in Aussicht genommen sei, vorausgesetzt, daß nicht unvorhergesehene Ereignisse anderweitige Dispositionen herbeiführen. Von der Konkursordnung, dem Vereinsgesetze u. s. w. wäre wol unter solchen Umständen keine Rede mehr, nur die Vorlage, betreffend die politische Organisation, könnte noch halbwegs bequem abgelehnt werden. Daß die Siebenbürger diesmal noch ohne Eisenbahn Garantie nach Hause gehen, gilt unter solchen Umständen gleichfalls als ausgemacht. (Pr.)

Wien, 17. Jänner. Die telegraphisch gemeldete Nachricht des „Mem. Diplom.“, Oesterreich und Preußen empfehlen für den Streit mit Dänemark eine Conferenz auf Grund des Status quo, ist durchaus unbegründet. (West. Ztg.)

Graz, 10. Jänner. Die juridische Fakultät der hiesigen Universität hat den Reichsraths-Abgeordneten Moriz v. Kaisersfeld in Anerkennung seiner Verdienste um die Gründung der medizinischen Fakultät der hiesigen Hochschule zum Ehrendoktor der Rechte ernannt. Der betreffende Promotionsakt ist von der Universität bereits an Se. Majestät abgegangen, um die allerhöchste Genehmigung hiesfür einzuholen.

Prag, 15. Jänner, Abends 10 Uhr. Bei den Wahlen zur Prager Handelskammer hat die deutsche Partei sowohl in der Handels-, als auch in der Fabriksektion einen vollständigen Sieg errungen. In der Gewerbesektion sind die Tschechen in der Majorität.

Aus Pest, 16. Jänner, erhalten wir folgende bemerkenswerthe Mittheilung: Sie erinnern sich der Kodifikations-Kommissionen, mit deren Bildung noch Graf Apponyi betraut wurde, und die für Ungarn ein Civil-, ein Strafgesetzbuch und andere noch mangelnde Gesetze ausarbeiten sollten. Diese Kommissionen sind nie entstanden und ganz und gar in Vergessenheit gerathen, aber nicht die Sache selbst, die im Grunde keinen Aufschub leidet. Wir erfahren nun aus guter Quelle, daß die Hofkanzlei den a. h. Auftrag erhielt, die betreffenden Elaborate von einer aus ihrer Mitte zu bildenden Kommission ausarbeiten zu lassen, und sollten diese Arbeiten für den nächsten Landtag als Vorlage dienen. Die Kommission wird dem Vernehmen nach in kürzester Zeit zusammentreten.

In Ugram ist unter dem Titel: „Was wir wollen und was wir sollen“ eine Broschüre erschienen, welche außer Einberufung des Landtages folgende Punkte aufstellt: 1. Aufrechthaltung der nationalen Sprache und der nationalen Behörden. 2. Volle Landesautonomie, mit Ausnahme jener Punkte, die dem Gesamtstaate angehören. 3. Die Hilfe der Regierung zur Gründung einer Boden-Kreditanstalt. 4. Die Zinsengarantie für die Semlin-Zümaner Bahn. 5. Die Integrität des dreieinigigen Königreiches. 6. Die Einverleibung und Zivil-Organisation der Grenze.

Die „Gen.-Corr.“ schreibt anlässlich der Ergebnisse der am 13. abgehaltenen Generalkongregation des Ugramer Komitates unter dem Datum Ugram 14. d. M. „Die gestern abgehaltene Generalkongregation des Ugramer Komitates dürfte in politischer Beziehung von einer großen Tragweite sein und vorerst auf die seit längerer Zeit in mehreren Journalen zur Sprache gebrachte kroatische Landtagsfrage einen sehr wesentlichen Einfluß üben. Die Sistirung der Generalkongregation hat im Publikum eine sehr große Sensation verursacht. Man sieht der eventuellen höheren Maßnahme mit größter Spannung entgegen.“

## Ausland.

Frankfurt, 14. Jänner. In der heutigen Bundestagsitzung ist der Antrag Oesterreichs und Preußens abgelehnt worden; dafür stimmten außer diesen beiden Regierungen nur Kurhessen, Mecklenburg und die sechszehnte Kurie (Liechtenstein, Neuß, Schaumburg-Lippe, Lippe, Detmold, Waldeck und Hessen-Homburg). Die übrigen stimmten theils pure ablehnend, theils traten sie (darunter Baiern, Sachsen und Württemberg) nur bedingungsweise bei. Eine Majorität bildeten indessen die Letzteren nicht. Oester-

reich und Preußen erklärten hierauf, daß sie unter diesen Umständen ihren Antrag einseitig, in ihrer Eigenschaft als europäische Großmächte ausführen würden. Gegen diese Erklärung legten Baiern und Sachsen Verwahrung ein, welcher mehrseitig beigetreten wurde. Preußen und Oesterreich gaben hierauf eine Gegenverwahrung ab. — Der oben erwähnte Antrag von Oesterreich und Preußen lautet:

„Hohe Bundesversammlung wolle an die königl. dänische Regierung die Aufforderung richten, das Grundgesetz vom 18. November v. J. bezüglich des Herzogthums Schleswig nicht in Vollzug zu setzen, sondern dasselbe definitiv wieder aufzuheben, und sie wolle mit diesem Verlangen die Erklärung verbinden, daß im Falle der Weigerung der deutsche Bund im Gefühle seines Rechtes und seiner Würde die erforderlichen Maßregeln ergreifen müßte, um sich durch militärische Besetzung des Herzogthums Schleswig ein Pfand für die Erfüllung seiner gerechten Forderung zu verschaffen. An der Wirkung des bereits gelegentlich des Bundesbeschlusses vom 7. December ausgesprochenen Vorbehaltes einer rechtlichen Prüfung der Erbfolgefrage würde selbstverständlich durch die Annahme des vorstehenden Antrages Nichts geändert werden. Die Gesandten von Oesterreich und Preußen haben schließlich darauf anzutragen: Hohe Bundesversammlung wolle den Militärausschuß beauftragen, unverweilt die erforderlichen Anordnungen zu dem Zwecke in Vorschlag zu bringen, damit die dem Bunde für die eventuelle Besetzung des Herzogthums Schleswig zur Verfügung zu stellenden Streitkräfte auf die nöthige Stärke gebracht werden.“

Die Abstimmung Sachsens lautet wörtlich:

„Die königl. sächsische Regierung würde es an sich der Sachlage entsprechend erachten, wenn die dem Bunde vorliegende Frage wegen Anerkennung des rechtmäßigen Regierungsnachfolgers im Herzogthum Holstein zunächst zum Austrag gebracht und alsdann erst zu Ergreifung derjenigen Maßnahmen geschritten würde, welche dem Bunde geeignet und dringlich erscheinen möchten, um die seiner Obhut anheimfallenden Ansprüche in Bezug auf das Herzogthum Schleswig sicherzustellen. Angesichts jedoch der sehr wider ihren Wunsch und Willen andauernden Verzögerung dieser Entscheidung vermag die königlich sächsische Regierung auch von ihrem Standpunkte aus es nur als eine Nothwendigkeit anzuerkennen, daß einer Besetzung des Herzogthums Schleswig durch Bundesstruppen zu dem vorgedachten Zwecke nicht weiter Anstand gegeben werde. Sie würde jedoch eben diesem ihrem Standpunkte, welchen sie als den für den deutschen Bund in rechtlicher und politischer Hinsicht allein gebotenen betrachtet, untreu werden, wollte sie ihre Zustimmung dazu ertheilen, daß nach dem Vorschlage der hohen Regierungen von Oesterreich und Preußen eine Aufforderung an die königlich dänische Regierung gerichtet werde, welche im Voraus das Recht des Besitzes von Schleswig für Dänemark anerkennen ließe. Sie hält sich vielmehr verpflichtet, jeder derartigen Vernehmung mit dem Kabinet von Kopenhagen entschieden zu widersprechen. Die königlich sächsische Regierung stimmt daher dem Antrage der hohen Regierungen von Oesterreich und Preußen nur unter der Bedingung bei, daß von jeder Aufforderung an Dänemark wegen Abänderung seiner Verfassung abgesehen und ausgesprochen werde, daß die Besetzung zur Sicherstellung aller vom deutschen Bunde in Bezug auf Schleswig zu wahren Rechte, namentlich auch derjenigen erfolge, welche der Bund in Folge seiner bevorstehenden Entscheidung über die rechtmäßige Regierungsnachfolge im Herzogthum Holstein geltend zu machen sich veranlaßt sehen sollte. Zugleich hat die königlich sächsische Regierung damit den Antrag zu verbinden, daß, um die Betheiligung des gesammten Deutschlands an dieser thatsächlichen Vertretung der nationalen Sache erkennbar werden zu lassen, auch die Betheiligung sämtlicher Bundesarmeen daran beschlossen werden möchte.“

Frankfurt, 14. Jänner. Die „Südd. Ztg.“ schreibt: Das vielbesprochene baierisch-württembergische Lager in Franken, von dem wir zuerst gerüchtwiese gemeldet haben, scheint sich durch zahlreiche Bestätigungen und Berichtigungen anderer Blätter hindurch zu bewahren. Ob darunter bloße Kantonnements zu verstehen seien oder etwa ein Barackenlager in der Art des anderswo projektierten, das ist zunächst sehr gleichgültig. Die Hauptsache ist, schnell, kraftvoll und umsichtig zu handeln, auf dem militärischen wie auf dem politischen Gebiet.

Leipzig, 16. Jänner. Gestern Abends fand hier eine große Volksversammlung statt. Professor Wuttke tratt als Sprecher auf. Es wurde folgende Resolution gefaßt: Die Versammlung erklärt: Der Londoner Vertrag ist unverbindlich. Die Eigenmächtigkeit der deutschen Großmächte konstituirt den offenen Bundesbruch. Die Landesvertretungen Preußens und Oesterreichs seien mitverantwortlich, und alles sei daranzusetzen, den Bundesbruch zu verhindern.

**Koburg, 11. Jänner.** Aus Wien, 11. Jänner, wird der „Koburger Ztg.“ telegraphirt: „Dem zwischen Preußen und Oesterreich verabredeten Einverständnis liegen folgende Hauptbestimmungen zu Grunde: 1. Beide Kabinete haben sich gegenseitig felerlichst verpflichtet, verbunden zu bleiben bis zur endgiltigen Lösung der schleswig-holsteinischen Frage. 2. Sie gehen gleichen Schrittes zusammen, am Bunde, wie außerhalb desselben, vorwärts. 3. Sie bleiben fest dabei stehen, daß ihnen, wie dem Bunde eine Einmischung in die Verhältnisse Schlesiens nur allein auf Grund der Vereinbarungen von 1851 und 1852 gestattet sei. Sollte etwa am Bunde beabsichtigt werden, dem Herzog Friedrich die Regierung von Holstein zu übertragen und ihm zu überlassen, Bundeshilfe zu verlangen, so werden die Kabinete von Wien und Berlin auf dieses Terrain unter keinen Umständen folgen und die Kompetenz des Bundes in nachdrücklichster Weise bestreiten.“

**Berlin, 14. Jänner.** Ueber die Absichten der beiden deutschen Großmächte wird der „Neuen Frankfurter Ztg.“ von hier geschrieben: „Preußen und Oesterreich sind entschlossen, wenn ihr am Bunde eingetragener Antrag verworfen wird (wie nunmehr geschehen), die Besetzung Schlesiens ohne den Bund auf eigene Faust auszuführen und die Aufhebung der November-Verfassung auf solche Weise zu erzwingen. Eine Konferenz wird von den deutschen Großmächten bloß beschickt, wenn Dänemark zuerst die November-Verfassung aufgehoben hat. Was auf einer Konferenz von Preußen und Oesterreich verlangt wird, ist eine selbstständige Verfassung für die Herzogthümer und Besetzung einiger holsteinischer Plätze durch Bundesstruppen, im Uebrigen Personal-Union mit Dänemark.“

**Berlin, 16. Jänner.** In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses fand die Schlußabstimmung über das Budget pro 1864 Statt. Es wurde der verkürzte Etat angenommen. Dagegen stimmten Jacoby mit wenigen Freunden, die konservative Partei und der Minister v. Selchow. Die liberalen Fraktionen (Schulze) bringen folgende Resolution ein:

In Erwägung, daß Preußen gemeinsam mit Oesterreich am Bunde erklärte, es werde sich dem Bundesbeschlusse vom 14. d. M. widersetzen und die schleswig-holsteinische Sache in eigene Hand nehmen und die Besetzung Schlesiens als europäische Großmacht ausführen, in Erwägung, daß Preußen damit von Deutschland abfällt und seine Großmachtstellung mißbraucht, daß die preussisch-österreichische Politik kein anderes Ergebnis haben kann als die Herzogthümer abermals Dänemark zu überliefern, daß die angedrohte Vergewaltigung den wohlberechtigten Widerstand der übrigen Staaten und damit den Bürgerkrieg in Deutschland heraufordert, erklärt das Haus, daß es mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dieser Politik entgegengetreten werde.

Diese (Schulze'sche) Resolution wird der Anleihe-Kommission zur Berichterstattung überwiesen.

**Berlin, 16. Jänner.** Das Abgeordnetenhause debattirt über die Freilassung der verhafteten polnischen Abgeordneten. Das Haus beschließt die Freilassung Suliczycy's. Wegen Freilassung Niogolewski's war die Abstimmung zweifelhaft, worauf in namentlicher Abstimmung mit 135 gegen 133 Stimmen dessen Freilassung ausgesprochen wurde. Die Freilassung Szumann's wurde mit 168 gegen 133 Stimmen angenommen, und auch für Freilassung Lubieny's hat sich das Haus erklärt.

**Breslau, 16. Jänner.** Für die Tage vom 22. bis 31. Jänner haben die schlesischen Eisenbahn-Verwaltungen Auftrag erhalten, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, um fünfzig österreichische Militärzüge mit 50.000 Mann von Oderberg nach Berlin zu befördern.

**Mendelsburg, 12. Jänner.** Die dänische Armee zieht sich zwischen Schleswig und der Eider zusammen, und es ist bei derselben von einer in nächster Zeit bevorstehenden Offenstobewegung die Rede. So wird der „Weimarer Ztg.“ aus Mendelsburg geschrieben.

**Kopenhagen, 17. Jänner.** Freiherr v. Brenner hat gestern Nachmittags 3 Uhr, gleichzeitig mit dem k. preussischen Gesandten, die Sommation an den dänischen Minister des Aeußern, mit einer 48stündigen Frist zur letzten Erklärung ergehen lassen.

**Paris.** Man spricht viel von einem Vorfalle, der mehr Aufsehen macht, als er verdient. Der Kaiser, die Kaiserin und der kaiserliche Prinz liefen auf dem See von Saint James Schlittschuh und fielen nacheinander, wie es eben auch andern Menschenkindern zu geschehen pflegt. Dieses Fallen erregte aber anstatt den Schrecken die Heiterkeit der Umstehenden, und dieser Wangen an Ehrerbietung macht so viel von sich reden.

Neuerdings ist die Rede von einer „Erklärung“ Frankreichs, die durch den französischen Botschafter in Berlin abgegeben worden sein soll. Der-

selbe hätte, so heißt es in der freilich nicht sehr verläßlichen „Südd. Ztg.“, im Auftrage seiner Regierung auf die Konsequenzen aufmerksam gemacht, die eine einseitige Intervention der beiden deutschen Großmächte, ohne daß sie von dem deutschen Bunde zu derselben autorisirt wären, nach sich ziehen könnte. Frankreich behält sich in der Frage der Herzogthümer volle Freiheit der Aktion vor. — Von anderer Seite wird gemeldet, die Zirkulardepesche des Herrn Drouyn de Lhuys an die Mittelstaaten Deutschlands soll dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten im Entwurfe aus dem Kabinete des Kaisers zugekommen sein.

**Paris, 13. Jänner.** Man spricht davon, daß Mazzini neuerdings unerkannt durch Frankreich gereist sei. Gestern Nacht haben auch in der Vorstadt St. Jacques neue Verhaftungen stattgefunden, die man mit dem letzten Attentat in Verbindung bringt. Die Polizei scheint überhaupt noch sehr beunruhigt; so ist gestern in der Opera Comique, die der Kaiser besuchen sollte, um die neue, beifällig begrüßte Oper Auber's: „Die Verlobte des Königs von Garbes“, zu sehen, ein Polizei-Agent in der kaiserlichen Loge von Mittags bis zur Ankunft des Kaisers stationirt gewesen.

**Paris, 16. Jänner.** Das „Memorial diplomatique“ kündigt diplomatische Verhandlungen zur endgiltigen Regelung der moldo-walachischen Verwicklung an. Ein von Sir Henry Bulwer ausgearbeiteter Entwurf schlägt die Untersuchung der Angelegenheit der griechischen Klöster durch eine internationale Kommission vor. Oesterreich, England, Frankreich und Preußen stimmen dem englischen Vorschlage bei. (Pr.)

**London, 15. Jänner.** Mazzini erklärt in den heutigen Blättern: Er sandte niemals Mörder gegen Napoleon und gab nie Jemandem Mordwaffen. Er kenne nur Oreo, habe aber auch diesem seit mindestens neun Monaten nicht geschrieben.

**Warschau, 16. Jänner.** Der heutige „Dziennik“ publizirt Adressen aus zwölf mittlern und kleinern Städten zum Beweise, daß der Aufstand größtentheils unterdrückt sei und der Wunsch zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ruhe vorherrsche.

**Athen, 9. Jänner.** Zufolge einer Nachricht der russischen Gesandtschaft soll die Neutralität Joniens auf die fremden Mächte beschränkt und nur eine Küstenfestung demolirt werden. Das Protokoll wird im Jänner unterzeichnet. — Die Soldatenmeuterei in Tripolis wurde gedämpft. — Zwischen dem Grafen Sponeck und Bulgarien soll eine Annäherung stattgefunden und Bulgarien die von Sponeck gestellten Bedingungen als Basis der Regierung angenommen haben.

## Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

**Laibach, 19. Jänner.**

Am 25. d. M., das ist künftigen Montag, findet um 5 Uhr Abends im Vereinslokale eine wissenschaftliche Versammlung des Vereins der Aerzte in Krain statt.

Nächsten Freitag gibt Fräulein Overni im hiesigen Theater unter Mitwirkung der Militärmusik-Kapelle und mehrerer Theatermitglieder ein Concert, das nach Allem, was wir darüber hören, ein für das Publikum recht unterhaltendes werden dürfte.

Aus Neumarkt wird uns mitgeteilt, daß von Sr. Excellenz dem Grafen Anton Auersperg ein höchst schmeichelhaftes Dankschreiben an die dortigen Bürger, als Antwort auf die von denselben abgeordnete telegraphische Begrüßung bezüglich der glänzenden Rede im Herrenhause, eingetroffen sei.

Aus Neustadt wird uns geschrieben, daß man dort mit Begeisterung die Auersperg'sche Rede im Herrenhause gelesen habe, und daß man dort der Ansicht sei, Krain, das sich das Stammland des Dichters nenne, dürfe in der Anerkennung nicht hinter andern Kronländern zurückbleiben. — Ferner wird uns geschrieben, daß durch den letzten großen Schneefall und durch die jetzt herrschende Kälte mehrere Menschen im dortigen Bezirke umgekommen sind.

## Wiener Nachrichten.

**Wien, 17. Jänner.**

Se. Majestät hat der Witwe Anna Joann, Mutter des am 10. Oktober 1863 in den Wäldern bei Dobno gegen die Insurgenten gefallenen k. k. Gendarmepostensführers Jakob Joann, eine Gnadengabe jährlicher Einhundert Gulden bewilligt.

Die verwitwete Baronin Eynatten, welche für ihre vier unverstorbene Kinder nur einen höchst bescheidenen Erziehungsbeitrag von beiläufig jährlich 200 fl. bezieht, daher sich in den mißlichsten Verhältnissen befindet und einzig und allein von milden Gaben lebt, hat durch Herrn Dr. Aman auf jenen aus dem Prozesse Richter und Eynatten von der

Staatsverwaltung konfiszirt und bei dem Depositen-amte erliegenden Verlassenschaftsbetrag von 72.000 fl. Rechtsansprüche geltend gemacht und dabei ihr zugebrachtes Heiratsgut mitbeansprucht.

Feldmarschall-Lieutenant Ritter v. Keller ist am 16. d. M. Früh nach kurzem Krankenlager in seiner Wohnung, Oberdöbling Nr. 119, in Folge eines organischen Herzleidens verschieden.

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

### Original-Telegramm.

**Wien, 19. Jänner.** Dänemark soll das Ultimatum der deutschen Großmächte verneinend beantwortet haben. Gestern fand eine Neuversteigerung der Kaiser's über abmarschirende Truppen statt. Der Kaiser hielt eine Anrede.

**Berlin, 17. Jänner.** Frankreich erklärte am 13. d. seine Bereitwilligkeit, an einer Konferenz theilzunehmen. Wenn Frankreich theilnimmt, ist auch Dänemark hierzu bereit.

Von der russischen Grenze wird unter dem Ge-schrieben: Petersburg Briefe berichten, das Haus Stieglitz sei beauftragt, die Petersburg-Moskauer Bahn im Auslande zu verkaufen oder zu verpfänden.

**Breslau, 17. Jänner.** Eine Konferenz der Eisenbahndirektoren hat gestern die Fahrpläne der Extrazüge für die österreichischen Truppen festgestellt. Es sind preussische und österreichische Offiziere hier eingetroffen, welche die Ueberführung der Truppen leiten. Die Beförderung der Oesterreicher durch Preußen beginnt am 20. und wird einige Tage dauern.

**Madrid, 16. Jänner.** Nachdem die Kammer in der Frage der konstitutionellen Reform gegen das Ministerium stimmte, gab letzteres seine Entlassung. Dasselbe ist von der Königin angenommen worden.

**Oslo, 16. Jänner.** In der heutigen Unterhaus-sitzung erklärte der interimistische Minister des Aeußern gelegentlich der Berathung des Etats des auswärtigen Ministeriums, die Regierung müsse sich der Entscheidung der Mehrheit des deutschen Bundes bezüglich Schleswig-Holsteins anbequemen und der auf Holstein beschränkten Bundesexekution sich fügen.

**Kopenhagen, 17. Jänner.** Heute ward das österreichisch-preussische Ultimatum überreicht. Die acht- undvierzigstündige Frist beginnt heute Mittags 12 Uhr. Die dänische Regierung wird wohl, da das Ultimatum die Ausführung der Vereinbarungen von 1851-52 verlangt, über welche mit den deutschen Großmächten aber nur in ihrer Eigenschaft als Mandatare des Bundes verhandelt ward, die Anfrage stellen, ob die deutschen Großmächte noch gegenwärtig auf dieser Basis stehen.

**London, 17. Jänner.** Lord Russell hat die britischen Botschafter in Berlin und Wien beauftragt, Verwahrung im Namen der Regierung Ihrer Majestät der Königin Viktoria, gegen den Beschluß der Okkupation Schlesiens einzulegen und die beiden deutschen Großmächte für die Folgen und Konsequenzen eines Angriffes auf Dänemark und der eventuellen Besetzung Schlesiens aufmerksam zu machen.

## Markt- und Geschäftsbericht.

**Krainburg, 18. Jänner.** Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 20 Wagen mit Getreide, und 40 Wagen Speck, der Zentner zu 23 bis 24 fl., 200 Stück Schweine, welche zu 13 bis 15 fl. der Zentner verkauft wurden.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Meßen fl. 5.60; Korn fl. 3.80; Gerste fl. —; Hafer fl. 2.40; Halbfucht fl. —; Seiden fl. 2.80; Hirse fl. 2.90; Aukurug fl. 3.30; Erdäpfel fl. 1.20; Stufen fl. —; Erbsen fl. —; Fohlen fl. 4.20; Rindschmalz pr. Pfund kr. 53, Schweineschmalz kr. 44; Speck, frisch kr. 26, detto geräuchert kr. 42; Butter kr. 40; Eier pr. Stück kr. 3; Milch pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 17, Kalbfleisch kr. 22, Schweinefleisch kr. 20, Schöpfenfleisch kr. —; Hühner pr. Stück kr. —, Tauben kr. 15; Heu pr. Ztr. fl. 1.60, Stroh fl. 1.—; Holz hartes, pr. Klafter fl. 5.10, detto weiches, fl. 3.50; Wein, weißer, pr. Eimer fl. 7.

## Theater.

Heute Dienstag: **Wien und Berlin.** Singspiel in 1 Akt. **Frauen-Thänen.** Lustspiel in 1 Akt. **Apotheker und Friseur.** Operette in 1 Akt.

Morgen Mittwoch: Geschlossen.

Telegraphische

Effekten- und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien den 18. Jänner 1864.

5% Metalliques 72.60 | 1860-er Anleihe 92.95
5% Nat.-Anleihe 80.20 | Silber . . . 120.50
Bankaktien . 792.— | London . . . 120.90
Kreditaktien . 179.20 | k. k. Dufaten 5.79

Lottoziehungen am 16. Jänner.

Wien: 15 16 35 89 55.
Graz: 26 40 14 18 45.

Fremden - Anzeige.

Den 16. Jänner.
Stadt Wien.
Herr Gaber, Realitätenbesitzer, von Marburg.
Herr Bertajsh, Weinhändler, aus Neustadt.

(126-1)
Im Hotel „zum Elephanten“, 1. Stock, Thür Nr. 1, werden eine Partie Delgemälde um einen staunend billigen Preis ausverkauft, wozu ergebenst ladet

Czaslawsky aus Wien.
Aufenthalt nur 4 Tage.

Anzeige für Blumen-Freunde.

Der 54. Jahrgang unserer Verzeichnisse über die bewährtesten älteren und ausgezeichnetsten neuen Blumen, Gemüse- und Feld-Sämereien, Pflanzen, Fruchtsträucher, Rosen, Georginen etc. liegt bei Herrn Johann Klebel in Laibach zur gefälligen unentgeltlichen Abnahme bereit und befördert der Genannte gültige Aufträge an uns, deren prompteste Ausführung unsere besondere Sorge sein wird.

ERFURT, im Januar 1864.
C. Platz & Sohn, Hof-Lieferanten Sr. Majestät des Königs von Preussen.

Verzeichnis
derjenigen P. T. Wohlthäter, welche im II. Semester 1863 wegen Enthebung vom Hausbettel die freiwilligen Beiträge zum Armenfonde eingezahlt haben.

Seine kaisert. Hoheit Feldmarschall-Lieutenant Erzherzog Ernst pro August bis Ende Dezember 125 fl. — Sr. fürstbischöfliche Gnaden Dr. Bartelmä Widmar pro II. Semester 1863 100 fl. — Hochlöbliches k. k. Landesgericht pro II. Sem. 21 fl. 10 kr. — Hr. Freyberger Georg Hausbesitzer 12 fl. — Hr. Wahr Ferdinand H. S. Vorsteher 5 fl. — Hr. Zager Maria Hausbesitzerin 1 fl. — Hr. Waldbherr Alois Lehrinstituts-Vorsteher 4 fl. — Fr. N. P. 8 fl. — Hr. Karinger Josef Handelsmann 5 fl. — Hr. Scholl Anton Hausbesitzer 3 fl. — Hr. Breuze Ignaz Hausbesitzer 4 fl. 20 kr. — Hr. Pradezky Karl Sparkassa-Amtsvorsteher 20 fl. — Hr. Tschernascher Thomas Hausbesitzer 2 fl. — Hr. Kobitza Jakob Parapluemacher 2 fl. — Hr. Petera Josef Hausbesitzer 6 fl. — Hr. Bosja Bernhard Hausbesitzer 5 fl. — Hr. Piskur Johann Hausbesitzer 1 fl. 20 kr. — Hr. Strzelba Josef Hausbesitzer 12 fl. 50 kr. — Hr. Seemann Maria 2 fl. — Hr. Sanett Gregor Hausbesitzer 4 fl. — Hr. Schlater Josef Geometer 2 fl. — Hr. Pözl Franz Kaffeesieder 4 fl. — Hr. Gestrin Bartelmä Hausbesitzer 2 fl. — Hr. Terpin Edmund Handelsmann 12 fl. — Hr. Hudabiniug Josef pens. Oberamtskassier 2 fl. — Hr. Pleiweis Valentin Hausbesitzer 6 fl. — Hr. Dr. Kobitza Josef Hausbesitzer 3 fl. — Hr. Fues Leopold k. k. pens. Kriegskanzlist 5 fl. — Hr. Rutter Cäcilia Hausbesitzerin 10 fl. — Hr. Lichtenberg Leopold Freiherr v. 10 fl. — Hr. Novak Johann 2 fl. — Hr. Stenzl Josef Hausbesitzer 1 fl. — Hr. Rechbach Philipp Freiherr von 20 fl. — Hr. Gerlichy Heinrich, Hausbesitzer 3 fl. — Hr. Mareuzi, Baron, k. k. Feldmarschall-Lieutenant 9 fl. — Hr. Rohr v. Rohrau, k. k. Polizei-Oberkommisär 5 fl. — Hr. Dr. Leben, Ehren-domherr 10 fl. — Hr. Wutscher Viktor, Handelsmann 8 fl. — Hr. Wutscher Katharina Hausbesitzerin 2 fl. — Hr. Schaffer Josef pens. Ober-Verpflegs-Verwalter 19 fl. — Hr. Plescho Johann Hausbesitzer 5 fl. — Hr. Dr. Pogatscher Johann Domherr 6 fl. — Hr. Günzler Max Handlungs-Agent 4 fl. — Hr. Bosizjo Josef pens. k. k. Rechnungsrath 6 fl. — Hr. Schwentner Josef Hausbesitzer 10 fl. — Hr. Pfanger Sebastian Hausbesitzer 5 fl. — Hr. Traun August Hausbesitzer 4 fl. — Hr. Treco Alexander Handelsmann 20 fl. — Hr. Dr. Pauker Heinrich Spiritual 6 fl. — Hr. Kasellig Johann Hilfsämter-Direktor 5 fl. — Hr. Pregel Michael D. R. D. C. Verwalter 12 fl. — Hr. Soffner Thomas pens. Kriegskassier 12 fl. — Hochwür. Consistorium und die Stadtgeistlichkeit 199 fl. — Hr. Maurer Kaspar Handelsmann 2 fl.

Indem die Armen-Inst.-Commission für diese milden Gaben allen P. T. Wohlthätern im Namen der Nothleidenden den verbindlichsten Dank abstattet, stellt dieselbe das höfliche Ersuchen, mit den Beiträgen auch pro 1864 die Armen-Instituts-Kasse gütigst zu unterstützen, damit man in der Lage sei, die täglichen Armen-Portionen anzubezahlen und bei der eingetretenen strengen Kälte und Arbeitslosigkeit auch zeitweilige Unterstützungen angeben zu lassen. Die neuen Enthebungskarten werden bei der Einzahlung der Beiträge gegen Rückstellung der alten ausgetauscht werden.
Von der Armen-Instituts-Commission.
Laibach am 14. Jänner 1864.

k. k. priv. Südbahn-Gesellschaft.

Aufhebung

des Spezial-Tarifes Nr. 51.

(Beförderung von Blei in Mulden, Platten und Röhren, Bleiglätte u.)
Vom 31. März 1864 an wird der Spezial-Tarif Nr. 51, welcher sich auf die Beförderung von Blei in Mulden, Platten und Röhren, Bleiglätte, Bleiweiß, Eisenblech, Eisenbrat, Nennig, Eisennägel, Roh Eisen, Rohstahl, Schrot und Stabeisen, ab Udine nach Venedig und Triest bezieht, aufgehoben.
Von diesem Tage an treten daher für derartige Sendungen die Bestimmungen des allgemeinen Tarifes in Kraft.
Wien, am 31. December 1863.
Die Betriebs-Direktion.

(46-3) Nr. 1632.

Edikt.

Vom k. k. Kreisgerichte Neustadt als Abhandlungsinstanz werden Diejenigen, welche als Gläubiger an die Verlassenschaft des am 25. November l. J. in Neustadt abgestorbenen Anton Rosina eine Forderung zu stellen haben, aufgefordert, bei diesem Gerichte zur Anmeldung und Darthung ihrer Ansprüche den 12. Februar 1861, um 9 Uhr Vormittags, zu erscheinen oder bis dahin ihr Gesuch schriftlich zu überreichen, widrigens denselben an die Verlassenschaft, wenn sie durch Bezahlung der angemeldeten Forderungen erschöpft würde, kein weiterer Anspruch zustünde, als insoferne ihnen ein Pfandrecht gebührt.
Neustadt am 22. Dezember 1863.

Wein-Lizitation.

Zu den Schloßkellern zu Friedau, unmittelbar an der gleichnamigen Station der Südbahn in Untersteiermark, werden am Montag den 25. Jänner 1864, um 9 Uhr, herrschaftliche Eigenbau-Weine vom Jahre 1863 140 Startin und vom Jahre 1856 40 Startin Zusammen 180 Startin von den ausgezeichnetsten Savitscher und Luttenberger Gebirgen in soliden Halbbücheln oder ohne solche in öffentlicher Versteigerung gegen gleich baare Bezahlung hintangegeben.
Ontsverwaltung Friedau im Jänner 1864.

Advertisement for Dr. Béringuier's hair products and Dr. Sain de Boutemard's tooth paste. Includes logos and detailed descriptions of the products.

Hiezu ein halber Bogen Amts- und Intelligenzblatt.